



Ausbau Bahnhofstraße

Von unserem Ratsmitglied Alfons Meyer



In der einer der letzten Sitzungen des Gemeinderates erfuhren unsere Ratsmitglieder erstmals von den Ausbauplänen. Er soll noch vor der geplanten Umwidmung dieser Kreisstraße zur Gemeindestraße erfolgen.

Der Ausbau zum jetzigen Zeitpunkt ist zu unterstützen, weil dadurch die Gemeinde und auch die Anlieger kostengünstig erheblich entlastet werden.

Der Bürgermeister (BM) hatte zu einer von ihm als "Anliegerversammlung" bezeichneten Zusammenkunft eingeladen.

Nach unserer Meinung hätte er dazu öffentlich zu einer **Einwohnerversammlung** einladen sollen.

Zudem hätte dann auch unsere Fraktion von dem Termin Kenntnis erhalten.

Dies ist, mal wieder, nicht geschehen.

Warum wohl?

In dieser später als „Bespprechung“ bezeichneten "Anwohnerversammlung" kam dann folgende Planung zu Tage:

- **extrem verengte Fahrbahn trotz Schwerlastverkehr u.a. zur Firma Zimmer,**

- **einseitiger Gehweg zu Lasten der Anlieger der rechten Straßenseite (Ri. Siebenborn gesehen).**

Das war offenbar nicht allen Anliegern so recht. Die Antwort des BM auf Änderungsvorschläge aus der Bürgerschaft: **Das kann jetzt nicht mehr berücksichtigt werden; dafür ist die Planung bereits zu weit fortgeschritten!**, so berichteten bei der Versammlung anwesende Anlieger.

Das alte Problem! Die Bürger werden nicht rechtzeitig mitgenommen, nicht informiert und ihre Gedanken und Vorschläge können dann nicht mehr berücksichtigt werden. So verkommen solche Veranstaltungen zu reinen

"Verkündigungsterminen".

Solche Verfahrensweisen entsprechen nicht unserem Demokratieverständnis. Schließlich gilt es für die **Anlieger, auch finanzielle Vorsorge zu treffen.**

Wer von einem Jahr zum anderen Tausende von Euros hinlegen muss, weil die vor seinem Grundstück verlaufende Straße

saniert wird, ist dankbar

für eine rechtzeitige Information.

Finanzielle Vorsorge ist nur dann möglich, wenn man auch rechtzeitig von solchen Planungen Kenntnis erhält.

Leider konnten wir auch dieses Mal nicht vermittelnd tätig werden, da es keinerlei vorherige Unterrichtung, geschweige denn Kooperation, mit unseren Ratsmitgliedern gab.

Konnte in der Versammlung ein Konsens erreicht werden?

Fehlannonce! So hörten wir im Nachhinein.

Es gab kein Einvernehmen mit allen Betroffenen.

Das, was in der Versammlung ge- und besprochen wurde, erfuhren unsere Ratsmitglieder erst nach der Ratssitzung, in der sie, u.E. **einseitig vom Bürgermeister informiert**, bei der Abstimmung alle diese Aspekte nicht berücksichtigen konnten.

Hätten wir diese Umstände gewusst, hätte dies auf unser Abstimmungsverhalten entscheidenden Einfluss gehabt.

Wir fordern daher den BM auf, die in der Sitzung von uns geforderte **Einwohnerversammlung** so schnell wie möglich durchzuführen und die Planungen so lange offenzuhalten, damit der Einfluss der Bürgerschaft gesichert wird.

Am Ende drohen juristische Verfahren. Bis diese abgeschlossen sind, wird wahrscheinlich die Umwidmung zur Gemeindestraße bereits erfolgt sein.

Folge wäre dann: Die Gemeinde und die Anlieger müssten in diesem Fall die Kosten komplett selbst tragen!

Eine Anregung unserer Fraktion hat man jedoch angenommen:

In die u.a. zur Klostermühle und zur Fa. Zimmer führende Straße sollen Leerrohre, hoffentlich auch mit Anschlüssen zu jedem Grundstück, für die Aufnahme einer Glasfaserleitung für das schnelle Internet verlegt werden.